

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

FONA
Sozial-ökologische Forschung

Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung
**Plastik
in der Umwelt**
Quellen • Senken • Lösungsansätze

Dr. Frieder Rubik, Eva Wiesemann (IÖW)

Plastik und Verpackungen: Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Plastikvermeidung, -substitution und -reduktion

Ergebnisprotokoll Online-Workshop
30. November 2020



i|ö|w
INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



INSTITUT FÜR ENERGIE-
UND UMWELTFORSCHUNG
HEIDELBERG



INNOREDUX
plastik-reduzieren.de

Impressum

Autor/in:

Dr. Frieder Rubik, Eva Wiesemann

Projektleitung:

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin

www.ioew.de

Kooperationspartner:

ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH

Im Weiher 10, 69121 Heidelberg

www.ifeu.de

Der vorliegende Beitrag entstand im Forschungsprojekt „Innoredux – Geschäftsmodelle zur Reduktion von Plastikmüll entlang der Wertschöpfungskette: Wege zu innovativen Trends im Handel“. Das Projekt ist Teil des Forschungsschwerpunkts „Plastik in der Umwelt – Quellen, Senken, Lösungsansätze“ und wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Förderkennzeichen 01UP1804A

Zitiervorschlag:

Rubik, Frieder / Wiesemann, Eva (2021): Ergebnisprotokoll Online-Workshop „Plastik und Verpackungen: Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Plastikvermeidung, -substitution und -reduktion“, Arbeitsbericht des Forschungsprojekts Innoredux

Mehr Informationen zum Projekt: www.plastik-reduzieren.de

Heidelberg, Januar 2021

Ergebnisprotokoll

Gemeinsam luden die Stadt Heidelberg, das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und das Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) zu einem Online-Workshop im Rahmen des Vorhabens „Innoredux“ ein. An dem Workshop „**Plastik und Verpackungen: Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Plastikvermeidung, -substitution und -reduktion**“ nahmen insgesamt 35 Personen, insbesondere aus der kommunalen Praxis, teil.

Zunächst begrüßte **Rolf Friedel, Leiter Abfallwirtschaft und Stadtreinigung der Stadt Heidelberg**, die Teilnehmenden. Er verwies auf eine Reihe beispielhafter Aktivitäten und Maßnahmen der Stadt Heidelberg, die in den letzten Jahren bereits erfolgreich durchgeführt wurden, wie z.B. die Einführung eines Mehrwegbechersystems oder von Mehrwegtaschen auf Wochenmärkten. Er machte auch auf eine aktuelle [Studie](#) aufmerksam, gemäß der Kommunen Litteringkosten von 8,50 € pro Jahr und Einwohner/in in Deutschland aufwenden müssten – eine Zahl, die auch auf die anstehenden Fragestellungen des Workshops verwies.

Der Workshop wurde durch zwei Impulsvorträge von Tim Bagner (Deutscher Städtetag) und Dr. Frieder Rubik (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung - IÖW) eröffnet.

Tim Bagner (Deutscher Städtetag) ging in seinem Kurzvortrag „Verpackungsabfälle – Kommunen im Spannungsfeld zwischen Herstellern und Verbrauchern“ zunächst auf das Problem des stetig steigenden Verpackungsmülls und des wachsenden Litterings ein. Kommunale Handlungsmöglichkeiten liegen etwa in der entsprechenden Ausgestaltung städtischer Abfall- und Friedhofssatzungen. Auch eine Verpackungssteuer könnte hier wirksam sein. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Unterstützung von Mehrwegsystemen, etwa durch To-Go Becher, plastikfreie Veranstaltungen und Trinkwasserbrunnen, dabei sollte die Zusammenarbeit mit Handel und Gastronomie gesucht werden. Wichtig sei auch die Durchsetzung einer Herstellerverantwortung, die sowohl die Kosten der Beseitigung des Littering neu verteilen als auch Impulse für neue Designideen geben. Dies könnte etwa durch veränderte Lizenzentgelte bei den Dualen Systemen erfolgen.

Dr. Frieder Rubik (IÖW) befasste sich in seiner Präsentation „Einflussmöglichkeiten von Kommunen im Bereich der Verpackungen zur Reduktion des Plastikeinsatzes“ mit Möglichkeiten von Kommunen, den Plastikeinsatz von Verpackungen zu reduzieren. Zunächst könnten Kommunen auch als strukturpolitische Akteure auftreten und Impulse auf Bundes- und EU-Ebene tragen. Des Weiteren unterteilte Dr. Frieder Rubik seine Überlegungen nach den Zielgruppen Unternehmen/Handel sowie Verbraucher/innen. Kommunen können Unternehmen und Handel durch die Entwicklung eines lokalen verpackungsarmen Warenangebots fördern, hierbei steht vor allem die Beratung der lokalen Händler im Vordergrund oder auch die Auszeichnung guter Praxisbeispiele. Daneben könnte Entwicklung und Markteinführung von Mehrwegsystemen unterstützt sowie daran interessierte Akteure vernetzt werden. Ergänzend könnten Kommunen auch finanzielle Unterstützung leisten. Verbraucher/innen unterteilte Dr. Frieder Rubik weiter in die kommunale Beschaffung, Kitas und Schulen, Großverbraucher sowie Privathaushalte. Zu jeder Teilgruppe wurden eine Reihe von Vorschlägen gegeben, wie etwa ein Pfandsystem im Getränkeverkauf in Schulen oder die Ausgabe von kostenlosen Brotdosen. Insgesamt sollten diese Maßnahmen und Ideen in einem umfassenden Konzept verankert sein, das ämterübergreifend umzusetzen ist.

Im Anschluss an die beiden plenaren Impulse wurden **fünf Kleingruppen** gebildet, die kommunale Maßnahmen in Bezug auf Plastikvermeidung, -substitution und -reduktion zusammentragen und vertiefen sollten. Drei Gruppen fokussierten sich auf strategische und regulative und zwei auf kommunikative Strategien und Ansatzpunkte. Dabei wurden jeweils zunächst Maßnahmen zusammengetragen und im Gruppenkonsens eine Maßnahme bzw. Maßnahmenbündel vertieft. Aus den Kleingruppen ergaben sich insgesamt **drei Ansatzpunkte**:

- **Einrichtung einer Plattform für Vernetzung, Wissenstransfer und Zusammenarbeit (1 Gruppe):** Die verbesserte Zusammenarbeit von Kommunen mit unterschiedlichen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette wurde als wichtiger Hebel zur Verpackungsvermeidung gesehen. Konkret könnte dies über eine gemeinsame Online-Wissensplattform organisiert werden, die Antworten und Erfahrungen bündelt und sich an mehrere Zielgruppen richtet:
 - Interkommunale Zusammenarbeit: Um die Zusammenarbeit zwischen Kommunen zum Bereich der Plastikvermeidung, -substitution und –reduktion zu stärken, sollte die Plattform die Möglichkeit des Erfahrungs- und Praxisaustausches bieten. Dazu könnten Best Practices, interessante Maßnahmen und Tools gesammelt werden. Denkbar wäre auch eine Art Mentoring, um gegenseitige Ratschläge und Hilfestellungen auszutauschen.
 - Zusammenarbeit mit der Wirtschaft: Darüber hinaus sollten Hersteller, Verpackungsindustrie, Handel, Gastronomie, Entsorger sowie entsprechende Verbände einbezogen werden, die gemeinsam mit Vertreter/innen der Kommunen Erfahrungen und Perspektiven austauschen und neue Maßnahmen entwickeln.
 - Verbraucher/innen: Die Plattform sollte zudem Bürger/innen die Möglichkeit bieten, instruktive oder innovative Ideen einzubringen.

Eine Frage- und Antwortsammlung sollte als schnelles Hilfsmittel die Plattform ergänzen. Die Umsetzung sollte idealerweise über einen bundesweiten Verband organisiert werden¹.

- **Förderung eines flächendeckenden Mehrwegsystems (3 Gruppen):** Mehrwegsysteme machen nicht als lokale Insellösungen, sondern erst in der Fläche wirklich einen Sinn. Deswegen wurde umfassend über Ansatzpunkte diskutiert, diese voranzutreiben:
 - Dazu gehört eine Reduktion der aktuellen Vielfalt an individuellen Lösungen hin zu einigen wenigen standardisierten Verpackungen, die dann überregional und über verschiedene Einsatzbereiche hinweg (Getränke, Lebensmittel, To-Go Bereiche) eingesetzt werden sollten. Ihre Rücknahme sollte über entsprechende Pfandautomaten erfolgen. Eine Herausforderung liegt dabei im Trade-off zwischen einem möglichst großen Ausmaß an Standardisierung und Vereinheitlichung und dem Interesse der Wirtschaft an einer Stärkung ihrer Marken, also dem Branding. Eine Bevorzugung eines bestimmten Systems bzw. Herstellers könnte darüber hinaus auch unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsverzerrung problematisch sein.
 - Unterstützt werden sollte eine derartige Initiative durch den Abbau rechtlicher Hürden, etwa im Lebensmittelrecht, sowie eine Zusammenarbeit mit Ordnungs- sowie Gesundheitsämtern. Ergänzend könnten Leitlinien bzw. Standards für Mehrwegsysteme eine Orientierung geben und die Richtungssicherheit erhöhen.
 - Mehrwegsysteme sollten zudem stärker mit Mitbringsystemen (z.B. im Unverpackthandel) zusammengedacht und vernetzt werden.
 - Die Nutzergruppen sollten durch eine zielgruppenangepasste Öffentlichkeitsarbeit informiert werden. Wichtig ist, eine „Identifizierung“ mit Mehrwegsystemen voranzutreiben.
 - Auf lokaler Ebene sollten runde Tische die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Handel, Zivilgesellschaft und Wirtschaft fördern, um das gemeinsame Verständnis und die Akzeptanz für derartige Systeme auszubauen.

¹ Im Nachgang wurde seitens einer Teilnehmerin angeregt, eine Art „Verein für Abfallwende“ zu gründen. Dieser könnte sich neben dem Themenbereich der Verpackungsproblematik auch für verbesserte politische Rahmenbedingungen in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Mikroplastik, nachhaltige Produktqualität usw. einsetzen.

- **Förderung des Unverpackt-Handels (1 Gruppe):** Unverpacktläden oder ein Unverpacktsortiment in Supermärkten könnte auch auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Kommunen könnten dies in Bebauungsplänen, Pacht- und Mietverträgen verankern. Der Unverpackthandel könnte auch ein zentrales Element in Zero-Waste-Konzepten darstellen und etwa durch Zero-Waste-Siegel in der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Daneben wäre es auch denkbar, dass Kommunen den lokalen Handel durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit begleiten, bis hin zu einer lokalen Selbstverpflichtung zur Förderung des Unverpacktsortiments. Seitens der Kommunen könnten zentrale Ansprechpartner – „Verwaltungslotsen“ – benannt werden, die sich als Bindeglied der Kommunikation zwischen Wirtschaft, Handel und Ämtern verstehen und die Zusammenarbeit initiieren, begleiten und koordinieren (One-Stop-Agency).

In einem Kurzvortrag stellte **Marc Delaperrière (Zero Waste Kiel e.V.)** die Zero Waste International Alliance vor, ein Bündnis von NGOs. Zero Waste wird dabei definiert als das Erhalten aller Ressourcen durch einen verantwortungsvollen Umgang mit ihnen. Gerade Städte spielen dabei eine große Rolle. Derzeit gibt es in Europa rund 400 offizielle Zero-Waste-Städte. Die erste Zero-Waste-Stadt war Capannori in Italien im Jahr 2007. Beim Verfolgen der Zero-Waste-Vision gibt sich eine Stadt Müllvermeidungsziele und entwickelt Strategien, um diese umzusetzen. Maßnahmen dafür liegen unter anderem im Bereich Bildung und Förderung von Mehrwegsystemen. In einem weiteren Schritt geht es um deren Umsetzung, die sich durchaus über Jahrzehnte ziehen kann. Daher ist es wichtig, Zwischenziele zu setzen und die Fortschritte zu monitoren. Dabei spielt auch ein Zero-Waste Advisory Board eine wichtige Rolle, das aus Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und der Stadtverwaltung besteht und die Umsetzung begleitet. Marc Delaperrière ging auch auf das Beispiel Kiel ein: Im Februar 2018 lancierte der Zero Waste Kiel e.V. das Ziel, Kiel zu einer Zero-Waste-Kommune zu machen. Dieser Vorschlag stieß auf große Resonanz. Die Stadt Kiel erarbeitete in der Folge mit Unterstützung des Wuppertal Instituts 107 Maßnahmen, alle unter dem klaren Ziel die Müllmenge in Kiel zu verringern. In der anschließenden **Diskussion** wurden einige weitere Erläuterungen zum Kieler Beispiel gegeben. Demnach wurde der Verein 2016 gegründet, die Zusammenarbeit mit der Verwaltung begann 2018. Wichtig war auch die Bürger/innenbeteiligung an der Maßnahmenentwicklung, insgesamt haben rund 450 Bürger/innen an Workshops teilgenommen. Derzeit wird die Bevölkerung über das Zero-Waste-Advisory Board einbezogen. Die Priorisierung von Maßnahmen wurde anhand einiger Kriterien vorgenommen, die auch im Rahmen der Workshops besprochen wurden. Dadurch gelang es, die ursprünglich 600 aufgelisteten Maßnahmen auf 107 zu reduzieren.

In einem weiteren Kurzvortrag stellte **Nicolai Jacobi (ICLEI – Local Governments for Sustainability)** die kürzlich verabschiedete politische Erklärung „Circular Cities Declaration“ (<https://circularcitiesdeclaration.eu>) vor. Dieser gehören derzeit 31 Städte an, aus Deutschland bisher Freiburg im Breisgau. Ziel ist es, die Kreislaufwirtschaft voranzubringen und dabei ausgehend von einer Basisanalyse der territorialen Stoffströme kommunale Lösungs- und Handlungsansätze zu entwickeln. Dabei wird insbesondere auf Stakeholderbeteiligung, die öffentliche Beschaffung, kommunale Liegenschaften und auf regulatorische Rahmensetzungen abgezielt. Herr Jacobi präsentierte dazu zwei Beispielprojekte: Zum einen PlastiCircle, in welchem drei Pilotstädte die Plastikwertschöpfungskette durch innovative, lokale Abfallentsorgungssysteme verbessern. Zum anderen das Projekt CIRC-PACK, welches sich mit biobasierten Verpackungen befasst, um speziell im Bereich Multilayer-Verpackung die Recyclingfähigkeit zu erhöhen. In der anschließenden **Diskussion** wurde als Nutzen des Netzwerks der Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und Partnern in den Vordergrund gestellt. Aktuell werden die Ziele des Netzwerks konkretisiert. Kommunen, die an einer Teilnahme interessiert sind, können sich derzeit formlos als assoziiertes Mitglied bewerben. Hinsichtlich der prioritären kommunalen Stoffkreisläufe wurde auf den Bausektor, die Plastikwirtschaft, den Lebensmittelbereich (Anti-Food-Waste-Initiativen), die Verlängerung der Lebensdauer von Produkten (Repair-Cafés) sowie die Einrichtung von Plattformen für Sekundärrohstoffe verwiesen.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

FONA
Sozial-ökologische Forschung

Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung
**Plastik
in der Umwelt**
Quellen • Senken • Lösungsansätze

www.plastik-reduzieren.de



i|ö|w
INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



ifeu
INSTITUT FÜR ENERGIE-
UND UMWELTFORSCHUNG
HEIDELBERG



INNOREDUX
plastik-reduzieren.de